

Vorname Familienname
Straße HausNr.
PLZ Ort

Anrede
handelnd als Funktion
des Amt/Firma
Str. HausNr.

PLZ Ort

Ort, den Datum

Zurückweisung Ihrer Schreiben vom ..., .. und

Werte(r) Herr/Frau,

die o.g. Schreiben (Zensus 2022: Gebäude- und Wohnungszählung mit darauffolgender Mahnung, Fragebogen-Nummer:,) weise ich gemäß der gültigen Rechtsprechung als nichtig zurück und teile Ihnen folgendes mit:

Ich habe mit Ihnen weder einen mündlichen noch einen schriftlichen Vertrag namens „Zensus 2022“ geschlossen. Ebenso wenig ist es zu einem Auftrag und dessen Bestätigung meinerseits gekommen.

Daraus ergibt sich keine Grundlage für eine Mahnung, Nötigung und Drohung zur Datenerhebung über mein Eigentum. Eine Auskunftserteilung über Eigentum ist nach gültigem Deutschen Recht nirgends gesetzlich verankert.

Ihre „Mahnung zur Auskunftserteilung mit Auskunftspflicht“ basiert offenkundig auf einem Gesetz (Zensusgesetz, Bundesstatistikgesetz) ohne Geltungsbereich. Desweiteren wenden Sie deutsche Gesetze nach nationalsozialistischer Auslegung (Ordnungswidrigkeitengesetz) an.

Gemäß gültigem SHAEF-Gesetz Nr. 1 Abs. 4, würde ich mich strafbar machen, wenn ich der auf nationalsozialistischem Gesetz beruhenden Forderung (Auskunft) nachkomme.

Außerdem sind Plünderungen gemäß HLKO Artikel 47 verboten und der Artikel 46 der HLKO garantiert den Schutz des Einzelnen und des Privateigentums von Staatsangehörigen.

Ich mache Sie außerdem auf Ihre private Haftung bis in die 4te Generation gemäß

- SHAEF-Gesetz der Militärregierung Deutschland Nr. 2 Abs. 16, Nr. 6 Abs. 2 und Nr. 52 Abs. 10 – Strafen,
- Reichs-Gesetzblatt Band 2021, Nr. 18., Seite 36, Nr. 6560. - Gesetz, betreffend bisheriger Rechtsnormen auf dem Hoheitsgebiet des Deutschen Reiches und
- Reichs-Gesetzblatt Band 2021, Nr. 15., Seite 27, Nr. 6554.- Gesetz, betreffend den Schutz von Reichs- und Staatsangehörigen und Privathaftung bei Anwendung ungültiger Rechtsnormen

aufmerksam.

Sollten mir von Ihnen weitere Schreiben in dieser Form zugesandt werden, übergebe ich die Sache an die Oberreichsanwaltschaft am Deutschen.

Ich bin Reichs- und Staatsangehörige gemäß RuStAG 1913 und unterstehen dem Schutz des Deutschen Reichs auf Grundlage der Reichsverfassung von 1871 (Stand: 28.10.1918).

Mit freundlichem Gruß.

(Unterschrift)

Vorname Nachname